

„JA zur Energiewende, NEIN zur Gleichstrompassage Süd-Ost“

Z [REDACTED] Bernhard
[REDACTED]
[REDACTED]

Netzentwicklungsplan Strom
Postfach 10 05 72
10565 Berlin

Stellungnahme zum „Netzentwicklungsplan Strom 2014 - Erster Entwurf“ vom 16.04.2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit o. a. Netzentwicklungsplan bin ich nicht einverstanden und fordere bezüglich der Planung:

Korridor D: DC-Netzausbau und -verstärkung:

HGÜ-Verbindung Mecklenburg-Vorpommern – Sachsen-Anhalt – Bayern

(Gleichstrompassage Süd-Ost, Seite 241-245) folgendes:

Kein Neubau dieser Trasse bis ihre Notwendigkeit/Dimension von unabhängiger Expertenseite zweifelsfrei belegt wird und eine gesundheitliche Belastung der Bevölkerung nachweisbar ausgeschlossen werden kann. Alle Planungen müssen in erster Linie zum Nutzen der Bürger erfolgen, Lebensräume respektieren und entsprechend weiträumig umgehen. Die Planungen dürfen nicht den europäischen Stromhandel (der in erster Linie der Gewinnmaximierung von Energiemonopolisten, Übertragungsnetzbetreiber und Investoren dient) als oberste Priorität haben.

Begründungen:

1. Die als Freileitung geplante Trasse (über 70m hohe Masten!) mit neuartiger Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstechnik

- wird, wie in vielen Kommunen, auch in Marxheim unmittelbar an Wohngebieten, Kindergarten Schule und Behindertenpflegeeinrichtung (kein gesetzlicher Mindestabstand) vorbeiführen, obwohl gesundheitliche Auswirkungen dieser Übertragungstechnik nicht in Langzeitstudien erforscht sind.
- führt in den betroffenen Gemeinden zu einem enormen Wertverlust von Grundstücken/Immobilien und landwirtschaftlichen Flächen.
- gefährdet und bedroht in hohem Maße Wohngebiete, sensible Landschafts- und Wasserschutzgebiete und vernichtet damit Lebensraum von Mensch und Tier.

Durch den europaweiten Stromtransit tragen die betroffenen Städte, Gemeinden und deren Bewohner die Lasten der Energiewende überproportional.

2. Der Ausbau einer dezentralen Energieversorgung mit erneuerbaren Energien, die den Bau der extrem teuren Megaleitungen überflüssig macht, wird behindert bzw. zum Erliegen gebracht (es wird zweckgefärbt auf einen Stromexport von Nord nach Süd gesetzt). Der Verbraucher/Steuerzahler zahlt Milliarden dafür, dass Kohlekraftwerke dauerhaft am Netz bleiben. Dies belastet unsere CO2-Bilanz in einem nicht akzeptablen Umfang – die Grundidee der Energiewende (kohlendioxidarme Stromerzeugung) wird dadurch zerstört.

3. Die Bedarfsplanung wird von der Bundesnetzagentur und den Netzbetreibern vorgenommen. Eine Grobtrasse wird verbindlich festgelegt, welche gerichtlich nicht angreifbar ist. Hier schafft sich die Privatwirtschaft selbst die notwendige Planrechtfertigung, die für einen Eingriff in die Grundrechte (vorzeitiges Enteignungsverfahren) notwendig ist. Mit diesem „System der vollendeten Tatsachen“ wird dieser Netzausbau niemals akzeptiert und sie ernten erst recht kein Verständnis vor Ort (wie in ihrem Vorwort gefordert). Sich steigender, erbitterter Widerstand und zunehmender Unmut in der Bevölkerung werden die Folgen sein.

Wir bitten ausdrücklich um Beteiligung an den weiteren Verfahrensschritten.

Mit freundlichen Grüßen

Bürgerinitiative MARXHEIM

Für über 1300 Mitglieder

Bernhard Z XXXXXXXXXX